

Marburgerin kämpft gegen weibliche Genitalverstümmelung BAMF und Verwaltungsgericht Gießen nehmen diese unmenschliche Praxis in Kauf

Antonia *Waskowiak* kämpft gegen das grausame Ritual der weiblichen Genitalverstümmelung. Sie ist vorwiegend in Kenia aktiv und hat dafür den Verein „Zinduka“ gegründet. Die Oberhessische Presse hat am 6. Februar ausführlich darüber berichtet (siehe unten).

Die kenianische Regierung hat das Ritual offiziell verboten. Dennoch ist es im Land weit verbreitet. Verbote helfen eben nur sehr begrenzt gegen fest verwurzelte Traditionen. Breit angelegte Überzeugungskampagnen sind nötig.

Auch in Äthiopien und Eritrea gibt es Genitalverstümmelung. In zwei mir bekannten Fällen haben nach Deutschland geflüchtete Mütter dieses Schicksal ihren kleinen Töchtern ersparen wollen. Sie haben drohende Genitalverstümmelung im Asylverfahren als Asylgrund und Abschiebehindernis geltend gemacht, und sie sind damit gescheitert. Hintergründe habe ich in diesem Leserbrief an die Oberhessische Presse vom 10.02.2023 deutlich gemacht:

Rituale verschwinden nicht einfach

Der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) muss auch in Mittelhessen stattfinden:

Frau Weigel hat den Kampf gegen Genitalverstümmelung plastisch und nachvollziehbar dargestellt. Dem Verein Zinduka und Frau Waskowiak persönlich gebühren Dank und Anerkennung für dieses Engagement.

Im Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Beschneidung von Mädchen in Kenia seit vielen Jahren offiziell verboten und geächtet ist. Dennoch ist sie weit verbreitet. Überkommene Rituale verschwinden nicht einfach, wenn der Staat sie verbietet. Leider hat sich diese Erkenntnis noch nicht bis zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und

zum Verwaltungsgericht Gießen herumgesprochen.

Eine geflüchtete Mutter aus Äthiopien, die in unserem Landkreis lebt, wollte ihre kleine Tochter vor dem Schicksal der Beschneidung bewahren und die drohende Prozedur als Asylgrund und Abschiebehindernis geltend machen. Sie ist damit vor Bundesamt und Gericht gescheitert. Das Urteil liegt mir im Wortlaut und mit Aktenzeichen vor. Darin wird der Mutter empfohlen, sich nach einer Abschiebung nicht in ihrer Heimatprovinz, sondern in der Hauptstadt Addis Abeba niederzulassen. Dort sei die Wahrscheinlichkeit einer Beschneidung geringer als in der Provinz. Außerdem sei nicht nachvollziehbar, dass das

Mädchen bei Verweigerung der Beschneidung, so wörtlich, „von der Gesellschaft isoliert werden würde, wobei hervorzuheben ist, dass ein gewisses Maß an sozialem Druck demgegenüber zumutbar ist“.

Welche Gefährdung und welchen sozialen Druck man einem kleinen Mädchen zumuten kann, darüber schweigt sich das Urteil aus. Innenministerin Nancy Faeser kann die Beurteilungsmaßstäbe des ihr unterstellten Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durch Dienstweisung festlegen. Im Fall drohender Genitalbeschneidung sollte sie das unverzüglich tun. Betroffene Mädchen und Frauen würden es ihr zu danken wissen.

*Dr. Kurt Bunke,
Cölbe*

„Innenministerin Nancy Faeser kann die Beurteilungsmaßstäbe des ihr unterstellten Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durch Dienstweisung festlegen. Im Fall drohender Genitalbeschneidung sollte sie das unverzüglich tun. Betroffene Mädchen und Frauen würden es ihr zu danken wissen.“

ES STAND
IN DER OP

Vor 10 Jahren

Hannover: Der Goldene
Keks ist wieder da

Das „Krümelmonster“ hat das gestohlene goldene Wahrzeichen des Unternehmens Bahlsen wieder herausgerückt: Der 20 Kilogramm schwere Leibnitz-„Keks“ wurde dem Niedersachsen-Pferd um den Hals gehängt, verziert mit einer roten Schleife. In einem ersten Erpresserschreiben waren eine Spende für ein Kinderkrankenhaus und für ein Tierheim gefordert worden. Das Unternehmen erklärte sich statt dessen bereit, im Falle einer Rückgabe 52.000 Kekspackungen an 52 soziale Einrichtungen zu spenden. Darauf ging der Dieb ein.

Marburg: Mangelhaft
im Fahrrad-Klimatest

Fast 80.000 Radfahrer machten beim Test des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs mit Marburg belegt bei den Städten unter 100.000 Einwohnern den 237. Platz von 252 Teilnehmern.

Vor 20 Jahren

New York: US-Außenminister
wirft Irak Betrug vor

US-Außenminister Colin Powell hat den UN-Sicherheitsrat zu entschlossenem und raschem Handeln gegen die Gefahren aufgerufen, die vom Irak für die gesamte freie Welt ausgehen. Unterstützt durch Dias, Satellitenaufnahmen, Tonbandmitschnitte und Zeichnungen legte Powell dar, dass Bagdad nach Massenvernichtungswaffen strebe, Verbindungen zu Terrororganisationen habe und die UN-Waffenkontrollen systematisch hinter Licht führe. Die Ausführungen wurden von anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates mit Skepsis aufgenommen.

Marburg: Blista muss sich
Strukturwandel stellen

Gleichbleibende Einnahmen bei steigenden Ausgaben: Die Deutsche Blindenstudienanstalt muss ihre Struktur verändern. Seit Januar gibt es einen Kaufmännischen Geschäftsführer. Ab 2004 ersetzt Hauptamtliche den ehrenamtlichen Vorstand. Frei werdende Stellen werden nicht mehr besetzt.

Vor 50 Jahren

Wien: Zahl der Lawinen-
opfer erhöht sich

Die Zahl der Skifahrer, die am Sonntag in Tirol durch Lawinen ums Leben kamen, hat sich auf 13 erhöht, 12 davon waren deutsche Ski-Urlauber aus Bayern. Zehn starben bei dem schweren Unglück bei Gerlos, die anderen kamen an anderen Stellen ums Leben. Jetzt ist ein Streit um die Schuld an dem Zillertal-Unglück entbrannt.

Marburg: Streik an
Universität dehnt sich aus

Der am Fachbereich 3 (Gesellschaftswissenschaften) begonnene Warnstreik dehnt sich weiter aus. Nach einer Mitteilung des AStA beschlossen die Fachbereiche 08 und 09 (Germanistik) sowie der Fachbereich 10 (Neuere Sprachen) ebenfalls die Vorlesungen zu boykottieren. Der AStA erwartet, daß sich noch weitere Fachbereiche anschließen. Grund für den Streik sind zwei Erlasse des Kultusministers.

Marburgerin kämpft gegen ein grausames Ritual

Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung: Für Antonia Waskowiak ist jeder Tag ein Kampf gegen Beschneidung

VON NADINE WEIGEL

MARBURG/KURIA. Verzweifelte Schreie dringen aus der Lehmhütte. Ein junges Mädchen liegt in seinem eigenen Blut. Mit einer Rasierklinge wurden ihm gerade die Klitoris und Teile der Schamlippen entfernt. Ohne Betäubung. Was klingt wie in einem Horrorfilm, ist gelebte Praxis im Südwesten Kenias. Bei der Volksgruppe der Kuria wird die grausame Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung auch im Jahr 2023 noch immer praktiziert. Eine Marburgerin will das ändern.

Antonia Waskowiak hat den Kampf gegen Genitalverstümmelung zu ihrer Lebensaufgabe gemacht. Bereits mit 18 Jahren geht die heute 30-Jährige nach Kenia, um bei einem sozialen Projekt gegen FGM – so die Abkürzung des im Englischen als Female Genital Mutilation bezeichneten Begriffes – zu helfen. „Es hat mich so schockiert, dass es so etwas Schreckliches heutzutage noch gibt“, erinnert sich Antonia. Es lässt sie nicht los. Nach dem Abitur macht sie eine Ausbildung zur Rettungsassistentin und beschließt dann, ganz nach Kenia zu ziehen.

Sie gründet den gemeinnützigen Verein Zinduka, das Projekt wächst und wächst. Mittlerweile sind die junge Mutter und ihr Team zu einer festen Größe im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung geworden. „Das wichtigste ist die Aufklärungsarbeit“, erklärt Antonia. Ihr Team vor Ort tritt im Fernsehen auf, klärt im Radio auf, aber noch viel wichtiger: Das Team zieht durch die Gemeinden, unterrichtet in Schulen, macht Hausbesuche, geht in die Familien.

Genitalverstümmelung ist offiziell verboten

Zwar ist FGM in Kenia seit 1990 verboten und seit 2011 als „vollkommen illegal“ eingestuft, dennoch habe der rituelle Brauch als wichtiges Zeremoniell bei den Kuria noch immer eine immense kulturelle Bedeutung. „Erst nach einer Beschneidung gilt ein Mädchen als vollwertige Frau und darf verheiratet werden“, erklärt Antonia Waskowiak. Vor allem die Corona-Pandemie sei noch einmal ein



Die Marburgerin Antonia Waskowiak kämpft mit ihrem Verein Zinduka gegen weibliche Genitalverstümmelung.

FOTO: ZINDUKA

herber Rückschlag gewesen, seither habe die eigentlich rückläufige Beschneidungsquote wieder zugenommen. Rund 80 Prozent der Kuria würden heute noch verstümmelt. Das Verstümmelungsalter der Mädchen liege zwischen neun und 18 Jahren. FGM kann verheerende psychische, physische und soziale Folgen haben und sogar zum Tod führen. „Es ist ein traumatisches, lebensgefährliches Erlebnis für die Mädchen“, fasst Antonia zusammen. Ihre Strategie: Aufklärung der Väter und Mütter sowie Stärkung der Mädchen.

Neben der ständigen Überzeugungsarbeit in Schulen und Gemeinden, übers Radio und im Internet sind die sogenannten „Safecamps“ ein wichtiger Teil von Zindukas Arbeit, zusammen mit Aktion Regen und Amina aus Österreich, Tukutane und der Stiftung MuT aus Deutschland.

Die sogenannte „Cutting Season“, die Beschneidungszeit, beginne meist im November und sei ein wichtiges rituelles Fest für die Gemeinde. In dieser Zeit finden von Genitalverstümmelung bedrohte Mädchen Zuflucht im Zinduka-Camp. Allein in diesem Winter waren es 200 Mädchen, die im Camp nicht nur in Sicherheit waren, sondern

dort auch weitergebildet und gestärkt wurden. Sie werden über Hygiene aufgeklärt, in Familienplanung unterrichtet und erlernen wichtige Fähigkeiten wie Kochen und Nähen. „Den Mädchen wird gezeigt, dass sie ohne Beschneidung stark und selbstbestimmt sein können“, betont Antonia Waskowiak. Hunderte Mädchen und junge Frauen konnten sie und ihr Team schon vor der Beschneidung retten. (Siehe eine Erfolgsgeschichte unten.)

Überzeugungsarbeit ist schwierig und gefährlich

Auch wenn sie schon viel erreicht hat, ihre Arbeit in Kenia ist noch lange nicht beendet. Die Überzeugungsarbeit ist ein langwieriger, schwieriger und gefährlicher Prozess. Schon oft wurde das Zinduka-Team bedroht.

Antonia selbst hat schreckliche Dinge gesehen und traumatisierende Erlebnisse gehabt. Doch Aufgeben ist keine Option. Ihre Arbeit ist erst beendet, wenn ihr Traum wahr wird, sagt sie. „Dann, wenn kein Mädchen mehr beschnitten wird!“

➔ Mehr Infos und Unterstützungsmöglichkeiten gibt es unter www.zinduka-ev.org

„Es hat mich so schockiert, dass es so etwas Schreckliches heutzutage noch gibt.“

Antonia Waskowiak, Gründerin des Vereins Zinduka

Sie ist der Rasierklinge entkommen

Kenianerin Rose wehrte sich erfolgreich gegen Genitalverstümmelung

VON NADINE WEIGEL

KURIA. Sie ist eine starke Frau. „Wenn Rose vor den Mädchen im Camp spricht, ist das beeindruckend“, sagt Antonia Waskowiak, Leiterin des gemeinnützigen Marburger Vereins Zinduka. Rose ist der Rasierklinge entkommen und hat sich erfolgreich dagegen gewehrt, beschnitten zu werden. Sie hat Nein gesagt und so mit einer jahrhundertalten Tradition ihres Stammes gebrochen. Denn bei den Kuria werden Mädchen nur durch die rituelle Zeremonie der Genital-

verstümmelung zur Frau – so der Aberglaube.

Wer sich wehrt, gilt als „unrein“

Nur so bekommen sie Anerkennung in der Gemeinde, dürfen heiraten. Wer sich dagegen wehrt, gilt als „unrein“ und wird aus der Gemeinde – aus der Familie – ausgestoßen und geächtet.

Rose hat es dennoch getan – mit der Hilfe des Marburger Vereins Zinduka. Dieser hat dem Mädchen damals, als es von der Beschneidung be-

droht war, Zuflucht geboten. „Wir haben Rose finanziell unterstützt“, erklärt Antonia. Heute ist Rose selbst Teil von Zinduka – und zeigt den anderen Mädchen, was man auch als unbeschnittene Frau erreichen kann. Sie hat studiert und betreibt eine kleine Hühnerfarm, ist eigenständig und erfolgreich. Sie steht auf ihren eigenen Beinen und ist für die anderen Betroffenen genau das, was Zinduka sein soll – ein Hoffnungsschimmer. Das nämlich bedeutet Zinduka auf Suaheli – Hoffnungsschimmer.



Die Kenianerin Rose hat sich erfolgreich gegen weibliche Genitalverstümmelung gewehrt – und arbeitet nun im Team des Marburger Vereins Zinduka.

FOTO: ZINDUKA

Das ist „FGM“

Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) sind weltweit etwa 200 Millionen Frauen und Mädchen von Genitalverstümmelung betroffen. Und jedes Jahr sind Millionen weitere Mädchen dem Risiko ausgesetzt, Opfer dieser grausamen Praktik zu werden.

Es gibt verschiedene Formen der Genitalverstümmelung – oder besser bekannt als FGM (Female Genital Mutilation). Alle können schwere psychische, physische und soziale Folgen haben und zum Tod führen.

Zu den akuten, teilweise lebensbedrohlichen Risiken gehören starke Schmerzen, Blutungen, Urinstau und Entzündungen. Langfristig können Frauen unter Problemen beim Geschlechtsverkehr, bei Schwangerschaft und Geburt, einer erhöhten HIV-Ansteckungsgefahr sowie unter psychischen Traumata leiden. Bei besonders weitgehenden Formen der Verstümmelung kann die Geburt eines Kindes für Mutter und Kind lebensgefährlich werden.

FGM wird in 30 Ländern praktiziert – vor allem in Afrika. Schätzungen zufolge leben allein in Deutschland rund 75.000 Betroffene, mehr als 20.000 Mädchen gelten als gefährdet.